

VertraulichUNO-Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten  
und Ausblick auf die Wiederaufnahme des Nord-Süd-"Dialogs"

Referat von Botschafter Dr. Paul R. Jolles, Direktor der Eidg.  
Handelsabteilung, vor der Aussenwirtschaftskommission des Nationalrates, Zürich 18. Aug. 1975

1. Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, die in Form einer juristisch unverbindlichen Resolution der UNO-Generalversammlung im Dezember 1974 mit Mehrheitsbeschluss verabschiedet worden ist, stellt einen politisch wichtigen Markstein in der Auseinandersetzung zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten über die Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung dar. Ihre Bedeutung liegt nicht darin, dass es sich um ein internationales Vertragswerk handeln würde, welches einen direkten Einfluss auf die Weltwirtschaftsbeziehungen haben könnte. Im Gegenteil, da die grosse Mehrheit der Industriestaaten - 16 Länder - einschliesslich sämtlicher massgeblichen marktwirtschaftlichen Welthandelsnationen, mit Ausnahme Schwedens, entweder gegen die Resolution gestimmt hatten (USA, UK, BRD, Be, Lux, Dk) oder sich der Stimme enthielten (Fr, It, Jap, Irl, Isr, Esp, Oesterr., No, Can, Neth), ist dieses Dokument von Anfang an zur praktischen Wirkungslosigkeit verurteilt gewesen.

Seine Bedeutung liegt vielmehr darin, dass es die Solidarität und Radikalisierung der Entwicklungsländer zum Ausdruck bringt, die jetzt in ihrer Gesamtheit die gemeinsamen Ziele formuliert haben, die sie in den internationalen Verhandlungen anzustreben gedenken. Die Charta stellt eine an den geltenden Welthandelsregeln gemessen zum Teil revolutionäre Gesamtkonzeption dar, nach der die Entwicklungsländer auf den einzelnen Sachgebieten ihre Stellungnahme in den Auseinandersetzungen mit den Industriestaaten ausrichten wollen. In einem Zeitpunkt, in dem die Neuregelung der Beziehungen zwischen den Industrieländern und der Entwick-

lungswelt als Folge der Erdöl- und Rohstoffsituation hohe, wenn nicht höchste Priorität erhalten hat und die Aufnahme des Dreiecksgesprächs zwischen Erdölproduzenten, Entwicklungsländern und Industriestaaten unmittelbar bevorsteht, ist eine Befassung mit dem Gedankengut dieser Charta daher auch für einen Nichtmitgliedstaat der UNO wie die Schweiz eine Notwendigkeit.

## 2. Grundlegende Veränderung des Nord-Süd-Verhältnisses

Die grundlegenden Veränderungen, die bezüglich der Energie- und Rohstoffversorgung eingetreten sind, haben das Nord-Süd-Verhältnis sowohl wirtschaftlich wie politisch in eine neue Dimension gerückt.

Wirtschaftlich haben sich für die Mehrheit der Entwicklungsländer die Probleme verschärft und die Hilfsbedürftigkeit erhöht, denn sie sind durch die spektakuläre Steigerung der Energiekosten am stärksten betroffen worden. Gleichzeitig haben sich aber auch die Unterschiede der Wirtschafts- und Interessenlage der einzelnen Entwicklungsländer akzentuiert. Die Weltbankgruppe unterscheidet heute zwischen vier Gruppen:

- die 13 OPEC-Staaten	Bevölkerung	275 Millionen
- die Entwicklungsländer mit einem pro Kopf-Einkommen von über 375 Dollar	"	356 "
- die Entwicklungsländer mit einem pro Kopf-Einkommen von 200 - 375 Dollar	"	272 "
- die 41 ärmsten Entwicklungsländer mit einem pro Kopf-Einkommen von unter 200 Dollar	"	942 "

Dies bedeutet, dass von rund 2 Milliarden Menschen in der Entwicklungswelt die Hälfte auf die Gruppe der ärmsten Länder entfällt. Auch für die andere Hälfte sind die Unterschiede recht ausgeprägt, indem davon etwas weniger als ein Drittel devisenmässig Neureiche sind, etwas mehr als ein Drittel einen wesentlichen wirtschaftlichen Aufschwung erzielen konnten und etwas

- 3 -

weniger als ein Drittel in eine mittlere Ertragsgruppe fallen. Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen diesen verschiedenen Entwicklungskategorien hat sich erhöht.

Politisch hat sich im Gegensatz zu dieser wirtschaftlichen Differenzierung die Solidarität verstärkt. Anlässlich der Pariser Vorkonferenz vom April 1975 haben sich die von der Energiekrise betroffenen Entwicklungsländer nicht auf die Seite der Industriestaaten gestellt, sondern den Schulterschluss mit den OPEC-Staaten vollzogen. Die gesamte Entwicklungswelt ist von einem verstärkten Selbstbewusstsein erfüllt und der Einfluss der in der Gruppe der sog. blockfreien Staaten tonangebenden radikalen Elemente unter Führung Algeriens hat sich vergrössert. Diese politische Blockbildung ist gegenüber dem wirtschaftlichen Zusammenschluss der sog. Gruppe der "77" (heute 102 Entwicklungsländer) in den Vordergrund getreten. Es besteht somit erhöhte Konfrontationsgefahr.

Es scheint, dass wir demnach auf der Schwelle einer Neuentwicklung stehen. Nach dem zweiten Weltkrieg haben die durch die Ost-West-Spannung ausgelöste Rivalität der kommunistischen und der westlichen Welt um Einflussnahme auf die Entwicklungsländer sowie der Zusammenbruch der europäischen Kolonialmächte die Entkolonialisierung erzwungen. Den wirtschaftlichen Konsequenzen der politischen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer wurde aber zu wenig Beachtung geschenkt. Die Annahme, dass die geltende Weltwirtschaftsordnung diesen neuen politischen Tatbestand ohne wesentliche Anpassungen verkraften und ihre Funktionsfähigkeit wahren könne, hat sich als unhaltbar erwiesen.

Heute sind die Entwicklungsländer davon überzeugt, die wirtschaftlichen Machtmittel zu besitzen, um eine Aenderung der internationalen Wirtschaftsordnung erzwingen zu können. Die Frage ist somit nicht mehr, ob Eingriffe in das bestehende System in Aussicht genommen werden müssen, sondern ob diese einseitig durch die Entwicklungsländer erfolgen werden oder einvernehmliche Reformen zustande kommen. Das Interesse der Schweiz an dieser Entwicklung ist offensichtlich.

3. Die Charta, weil sie eine Gesamtkonzeption darstellt, ist ferner ein Indiz dafür, dass in der internationalen Entwicklungspolitik das Stadium der Diskussion punktueller Massnahmen überschritten ist und eine Gesamtbereinigung angestrebt werden muss. Die Industriestaaten können nicht länger rein defensiv reagieren, d.h. immer dann, wenn der Druck genügend gross ist, auf ein Einzelbegehren der Entwicklungsländer mehr oder weniger ernsthaft eintreten, sondern sind dazu aufgerufen, den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Dritten Welt, soweit sie diese als unrealistisch und untragbar erachten, eigene, kohärente und sachlich fundierte Reformvorschläge entgegenzustellen. Nur so können die bevorstehenden Gespräche zu einer echten Verbesserung der Weltwirtschaftsbeziehungen führen.

Das in unseren Augen Revolutionäre dieser Weltwirtschaftscharta besteht darin, dass der freien und auch der sozialen Marktwirtschaft der Kampf angesagt wird und ein umfassender staatlicher Dirigismus eingeführt werden soll. Einige Beispiele: Die Industriestaaten haben die Pflicht, für ein Wachstum des Welthandels und des Anteils der Entwicklungsländer daran zu sorgen. Die Entwicklungsländer haben das Recht auf eine handelspolitische Vorzugsbehandlung ohne Gegenleistung; sie haben das Recht auf Technologie und Uebertragung des in den Industriestaaten erarbeiteten wissenschaftlichen Fortschrittes. Die Industrieländer haben die Pflicht, die Finanzhilfe zu erhöhen und die Austauschrelationen der Entwicklungsländer zu verbessern, d.h. die Preisentwicklung der Rohstoffe an diejenige der Industrieprodukte anzupassen. Die Entwicklungsländer haben das Recht, Rohstoffkartelle zu bilden, und die Industrieländer haben die Pflicht, dieses Recht zu respektieren, indem sie auf wirtschaftliche und politische Massnahmen verzichten, die die Auswirkungen dieser Rohstoffkartelle einschränken könnten. Die Entwicklungsländer haben das Recht, ausländische Investitionen zu enteignen, und der Grundsatz der angemessenen Entschädigung kann durch die besonderen Verhältnisse im Einzelfall relativiert werden. Daneben enthält die Charta aber auch zahlreiche Grundsätze, die heute unbestritten sein

dürften, wie die nationale Verfügungsberechtigung über die eigenen Bodenschätze, die Nichteinmischung in interne Angelegenheiten, die freie Wahl des eigenen Wirtschaftssystems und die Anerkennung einer weltwirtschaftlichen Interdependenz, die eine Rücksichtnahme auf die gegenseitigen Interessen erheischt.

4. Diese Charta - oder besser diese programmatische Erklärung - muss in ihrer historischen Perspektive gesehen werden, in der sie auch für uns verständlich werden kann und eine gewisse Berechtigung erhält. Nach der Entkolonialisierung und Erzielung der politischen Unabhängigkeit hat für die Entwicklungsländer der Kampf für den wirtschaftlichen Fortschritt und das Aufholen des wirtschaftlichen Rückstandes eingesetzt. Sie haben dabei erfahren müssen, dass der Industrialisierungsprozess nicht kurzfristig verwirklicht werden und Früchte tragen kann und dass die Wirtschaft ihre Eigengesetzlichkeit hat, die nicht durch politische Erklärungen unwirksam gemacht werden kann; mit anderen Worten, dass es langsame Aufbauarbeit und der Erlangung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bedarf. Diese Aufbauarbeit ist durch soziale Strukturänderungen, politische Auseinandersetzungen und Machtkämpfe sowie die überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme zusätzlich erschwert worden. Gleichzeitig mussten die Entwicklungsländer aber auch erfahren, dass die Industriestaaten nur zögernd zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung Hand zu bieten bereit sind und nötigenfalls ihre eigene Wirtschaftsstruktur gegen die neuen Marktkräfte durch staatliche Massnahmen zu verteidigen gewillt sind (z.B. der zolltarifarische Verarbeitungsschutz für Rohstoffe). Die Entwicklungsländer haben ferner gewisse Auswüchse der Marktwirtschaft zu spüren bekommen - insbesondere die Spekulation an den Rohstoffbörsen.
  
5. Eine nüchterne Bestandesaufnahme der bisherigen Leistungen und Ergebnisse führt allerdings zum Schluss, dass es grobe Verallgemeinerung wäre, davon auszugehen, dass entweder nichts Wesentliches seitens der Industriestaaten für die Verbesserung der

- 6 -

wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer unternommen worden wäre oder dass das, was getan wurde, wirkungslos verpufft wäre. Die zunehmende Differenzierung der wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer zeigt im Gegenteil, dass in einer wichtigen Ländergruppe ein selbsttragender Wachstumsprozess ausgelöst worden ist.

Die wichtigsten von den Industriestaaten seit der ersten UNCTAD-Konferenz in Genf 1964 getroffenen entwicklungspolitischen Massnahmen sind

- der Abschluss von 6 Rohstoffabkommen (Kaffee, Zucker, Zinn, Olivenöl, Weizen und Kakao);
- die in der kürzlichen Vereinbarung von Lomé als wesentliche Neuerung vorgesehene Stabilisierung der Exporterlöse der mit den EG assoziierten Entwicklungsländer;
- die autonomen Zollpräferenzen, die die meisten Industrieländer zugunsten der Entwicklungsländer eingeräumt haben;
- die finanzielle Entwicklungshilfe der OECD-Staaten, die sich in absoluten Beträgen von 1963 bis 1974 verdoppelt oder verdreifacht hat (Gesamtübertragungen 1963 8,5 Milliarden Dollar / 1974 26,3 Milliarden Dollar; davon staatliche Finanzhilfe 1963 5,7 Milliarden Dollar / 1974 11,3 Milliarden Dollar). Gemessen am Bruttosozialprodukt sind diese Leistungen jedoch entweder stationär geblieben oder zurückgegangen (Gesamtübertragungen 1963 0,76 % / 1974 0,77 %; staatliche Finanzhilfe 1963 0,51 % / 1974 0,33 %);
- Ausdehnung der Tätigkeit der internationalen Finanzinstitute (Weltbank, Währungsfonds, regionale Entwicklungsbanken) und Schaffung besonderer Finanzierungsmechanismen zur Kompensation von Rohstoffertragsausfällen oder Ueberbrückung der Erdölp Zahlungsbilanzdefizite;
- ausgedehnte Nahrungsmittelhilfe.

Diese Massnahmen haben die Lage der Entwicklungsländer verbessert, z.B.:

- 7 -

- Die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes ist von durchschnittlich 5,5 % in den sechziger Jahren auf durchschnittlich 7 % in den siebziger Jahren gestiegen und liegt damit über dem von den OECD-Ländern erzielten Durchschnitt von 5 %; für die 41 ärmsten Entwicklungsländer ist diese Wachstumsrate jedoch von 4 % auf 1 % gesunken. Wegen der raschen Bevölkerungszunahme ist das durchschnittliche pro Kopf-Wachstum seit 1960 auf 3,5 % beschränkt gewesen gegenüber 3,8 % für die OECD-Gruppe.
- Die Ausfuhren der Entwicklungsländer haben sich seit 1960 verdoppelt. Der Jahreszuwachs beträgt 5 %. Abgesehen vom Erdöl ist das Exportwachstum jedoch für die Industrieprodukte am spektakulärsten ausgefallen (30 % im Jahresdurchschnitt 1970/1973) und somit wiederum auf die fortgeschrittensten Entwicklungsländer beschränkt geblieben. Nur diese Ländergruppe kann aus den Zollpräferenzen Nutzen ziehen.
- Rasches Wachstum der Privatinvestitionen; ein Indiz für konvergierende Interessen.
- Im allgemeinen eine Erhöhung der Währungsreserven, wobei jedoch als Folge der Erdölpreiserhöhung eine massive Umschichtung stattfindet.

Neben diesen positiven Ansatzpunkten sind aber vor allem zwei schwerwiegende negative Faktoren zu verzeichnen; nämlich das rasche Anwachsen der Aussenverschuldung, die heute über 100 Milliarden Dollar beträgt, so dass ein Drittel bis die Hälfte der neuen Finanzhilfe für den Schuldendienst benötigt wird; sowie das immer stärkere Zurückfallen der Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer.

6. Dies hat in der Dritten Welt immer mehr zur Ueberzeugung geführt, dass die geltende Weltwirtschaftsordnung, sowohl was das Währungssystem von Bretton Woods - das inzwischen ohnehin zusammengebrochen ist - als auch die Welthandelsregeln des GATT anbetrifft, auf die Bedürfnisse der Industriestaaten zugeschnitten war und diesen weltwirtschaftlichen Anpassungsprozess behindert. Deshalb die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, einem "New International Economic Order". Die diesbezügliche Erklärung und das Ak-

tionsprogramm wurden im Mai 1974 von der 6. Sondersession der UNO-Generalversammlung in der Form von zwei Resolutionen durch Konsens angenommen. Da verschiedene westliche Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten, eine Reihe von Vorbehalten anbrachten, ist der Grad der Uebereinstimmung jedoch umstritten. Es wird nun an den Industrieländern sein, in überzeugender Weise darzulegen, dass der Entwicklungsrückstand nicht einfach dem Ungenügen des marktwirtschaftlichen Systems zuzuschreiben ist, dass aber dort, wo Verbesserungen im Sinne einer Anpassung an die neuen Verhältnisse und besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer tatsächlich angezeigt erscheinen, die Bereitschaft besteht, diese Reformen durchzuführen. Grundsätzlich ist dieser Weg bereits eingeschlagen worden, indem sowohl die neue Welthandelsrunde im GATT als auch die Weltwährungsreform u.a. auf das Ziel der Vornahme der nötigen Reformen am bestehenden System ausgerichtet worden sind. Mit anderen Worten, es soll der Weg der Kooperation und nicht derjenige der Konfrontation beschritten werden.

7. Die Kooperation scheint nicht unter dem Druck der Verhältnisse, sondern auch aus sachlichen Erwägungen erfolgversprechender. Die politische Solidarität und Radikalisierung der Entwicklungsländer im Sinne der Ausrichtung auf ein maximalistisches Programm, das die Gesamtheit der Begehren sämtlicher Gruppen von Entwicklungsländern umfasst, wurde dadurch erleichtert, dass seitens der Industriestaaten keine überzeugenden und ins Gewicht fallenden Reformvorschläge zur Diskussion gestellt wurden. Sobald dies der Fall sein wird, werden die kooperationswilligen Entwicklungsländer - und sie dürften in der Mehrzahl sein - vor der Alternative stehen, auf Reformvorschläge einzutreten, die die Funktionsfähigkeit der Handels- und Währungsordnung wahren, oder aus doktrinären Erwägungen an einem Kurs festzuhalten, der auf einen Umbruch hinsteuert, dessen wirtschaftliche Konsequenzen nicht abzusehen wären. Gerade die OPEC-Staaten sollten an stabilen Währungsverhältnissen zur Aufrechterhaltung der Kaufkraft ihrer Devisenerlöse und an gesicherten Anlagemöglichkeiten für ihre Devisenüberschüsse interessiert sein. Ferner sind zahlreiche Entwicklungsländer Nettoimporteure von Rohstoffen und würden durch eine den langfristigen

Angebots- und Nachfrageverhältnissen nicht Rechnung tragende Preispolitik negativ betroffen. Auch dürfte die Inflationsbekämpfung ein gemeinsames Anliegen darstellen, so dass die Gefahr der Spiralwirkung einer automatischen Indexierung von Rohstoff- und Investitionsgüterpreisen erkannt werden sollte. Schliesslich kann auch angenommen werden, dass die <sup>tatsächliche</sup> Bewertung der Privatinvestitionen und der Tätigkeit der multinationalen Gesellschaften, insbesondere auf dem Fabrikationssektor, auf Grund der bisherigen Erfahrungen weit differenzierter ist, als in gewissen UNO-Resolutionen zum Ausdruck kommt.

Wichtig ist somit, dass durch ein konstruktives Gespräch das Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge gefördert und von einer übereinstimmenden Diagnose der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Gleichgewichtsstörungen, ihrer Ursachen und ihrer Konsequenzen ausgegangen wird.

8. Die nächste und möglicherweise entscheidende Etappe wird das Gespräch im beschränkten Rahmen einer Konferenz ausgewählter, aber repräsentativer Erdölproduzenten-, Entwicklungsländer und Industriestaaten sein. Ein erster Versuch in dieser Richtung ist bekanntlich im vergangenen April auf Betreiben des französischen Staatsechefs unternommen und dann vertagt worden. Der Grund für das Scheitern dieses Anlaufs bestand darin, dass die Industrieländer sich nur auf eine Diskussion über Energiefragen einlassen wollten, sich dann aber einer geschlossenen und solidarischen Front der OPEC-Staaten und der übrigen Entwicklungsländer gegenüber sahen. Die von der Erdölpreiserhöhung wirtschaftlich am stärksten betroffenen Entwicklungsländer machten mit den Industriestaaten nicht gemeinsame Sache, sondern erklärten sich im Gegenteil mit dem Erdölproduzenten-Kartell solidarisch, indem sie dieses überzeugen konnten, seine Waffe, die sich als wirksam erwiesen hatte, auch für die Durchsetzung der Hauptanliegen der übrigen Entwicklungsländer einzusetzen. Diese forderten daher die Ausdehnung der Diskussion auf Rohstoff-Fragen im allgemeinen sowie auf Entwicklungsprobleme.

Anlässlich der Ministerkonferenz der OECD vom vergangenen Mai ist seitens der Industriestaaten beschlossen worden, auf das Begehren einer Gesamtbereinigung der Nord-Süd-Beziehungen, das sachlich gerechtfertigt erscheint, grundsätzlich einzutreten, vorausgesetzt, dass eine Ueberlastung der Traktandenliste, die eine nüchterne und konkrete Diskussion der einzelnen Sachfragen verunmöglichen würde, durch entsprechende organisatorische Vorkehren vermieden werden kann. Die Lösung soll darin bestehen, dass in drei oder vier verschiedenen Arbeitsausschüssen gleichzeitig, aber getrennt, über die grossen Problembereiche - die Energie, die Rohstoffpolitik im allgemeinen, die Währungsprobleme, einschliesslich der Investitionsmöglichkeiten für Petrodollars, und die Entwicklungsfragen - diskutiert wird. Gleichzeitig haben wichtige Industriestaaten, wie vor allem die USA, zu verstehen gegeben, dass sie nicht länger gewillt sind, sich den Verbaldemonstrationen der UNO-Prozeduren zu unterwerfen. Allerdings wird anfangs September eine neue, die 7., Sondersession der UNO-Generalversammlung in New York durchgeführt werden, und es wird sich dann zeigen, ob durch dieses Einlenken auf konkretere und sachbezogenere Gespräche im kleinen Kreise die politische Konfrontationsatmosphäre entschärft werden kann.

#### 9. Der Stand der Vorbereitung in der OECD-Gruppe

Dadurch, dass sich das Epizentrum der internationalen Verhandlungstätigkeit auf den Bereich der Nord-Süd-Beziehungen und in zahlenmässig begrenzte Gremien verlagert hat, in denen die Teilnehmer auch die Interessen der übrigen Länder zu vertreten haben, ist die OECD als Koordinationsinstrument der Industriestaaten in den Vordergrund gerückt. Während die Internationale Energieagentur für die Behandlung der energiepolitischen Aspekte zuständig bleibt, kann sie, angesichts der Ausdehnung der Gesprächsthemen auf andere Fragen, für die Vorbereitung des "Dialogs" nicht mehr die Ausschliesslichkeit beanspruchen. In der OECD sind daher zwei weitere Arbeitsgruppen - eine für Rohstoff-Fragen und die andere für allgemeine Entwicklungsfragen - gebildet worden, an denen

auch Frankreich teilnimmt. Sie stehen unter der Aegide des gegenwärtig von der Schweiz präsierten Exekutivausschusses in Sondersession.

Die bisherigen Beratungen haben weitgehende Uebereinstimmung ergeben, dass ein Programm konkreter und kohärenter Massnahmen in fünf Hauptbereichen in Aussicht genommen werden sollte:

- Auf dem Gebiet der Finanzhilfe wäre als oberste Priorität die Kreditgewährung über die IDA zu verstärken, da nur auf diese Weise ein Anwachsen der kurz- und mittelfristigen Schuldenlast vermieden und den ärmsten Entwicklungsländern eine gezielte Hilfe gewährt werden kann.
- Auf dem Gebiet der Ernährung soll die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern durch Kredite, technische Hilfe und den vermehrten Einsatz von Düngemitteln gesteigert werden; ferner wäre die Ernährungssicherheit durch vermehrte, international koordinierte und finanzierte Lagerhaltung zu erhöhen.
- Auf dem Gebiet der Industrialisierung und Technologie wären diejenigen Massnahmen zu prüfen, die unter Berücksichtigung der privatrechtlichen Grundsätze den Technologietransfer ermutigen und eine auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnittene wissenschaftliche Tätigkeit in den Entwicklungsländern fördern würden.
- Im Bereich des Aussenhandels gilt es, die internationale Arbeitsteilung durch die Bereitschaft zu strukturellen Anpassungen in den Industriestaaten voranzutreiben. Als handelspolitische Massnahmen stehen die Ausdehnung der Zollpräferenzen, der Abbau des Verarbeitungsschutzes und die prioritäre Berücksichtigung der tropischen Produkte in den neuen GATT-Verhandlungen im Vordergrund.
- Was schliesslich den Bereich der Rohstoffe betrifft, sollen auf dem Wege vermehrter und verbesserter Rohstoffabkommen und finanzieller Kompensationsmechanismen sowohl die für Konsumenten und Produzenten wünschbare Preisstabilisierung als auch die Regelmässigkeit der Devisenerträge der Entwicklungsländer (Ausfallgarantien) gewährleistet werden. Ferner gilt es, die Vor-

aussetzungen für ausreichende Investitionen zu schaffen, damit bei der Rohstoffherzeugung keine konjunkturellen Engpässe entstehen.

Die weiteren Arbeiten der OECD werden darauf ausgerichtet sein, den wirtschaftlichen Wirkungsgrad der einzelnen denkbaren Massnahmen für die Entwicklungsländer einerseits und ihre wirtschaftliche und innenpolitische Tragbarkeit für die Industriestaaten andererseits zu überprüfen. Ferner wird angesichts der differenzierten Interessenlage der Entwicklungsländer dafür gesorgt werden müssen, dass ein ausgewogenes Programm zustandekommt, das jeder Gruppe angemessene Vorteile bringt.

10. Zum Schluss drängt sich nun eine Bewertung dieser Vorgänge aus schweizerischer Sicht auf.

Angesichts der besonders starken aussenwirtschaftlichen Verflechtung unseres Landes ist die weltwirtschaftliche Interdependenz für uns eine Tatsache, die wir anerkennen müssen und von der unser wirtschaftliches Wohlergehen abhängig ist. Die Schweiz kann weder der Entwicklungszusammenarbeit eine Absage erteilen, noch hat sie Anlass, vorbehaltlos auf die Konzeption eines "New International Economic Order" im Sinne der UNC-Resolutionen einzutreten. Unsere Politik wird vielmehr darauf ausgerichtet sein, die marktwirtschaftliche Ordnung soweit als möglich beizubehalten, jedoch auf Reformen, soweit erforderlich und wirtschaftlich gerechtfertigt, einzutreten. Unser Diskussionsbeitrag kann darin bestehen, die wirtschaftlichen Gesamtzusammenhänge aufzuzeigen, auf die negativen Auswirkungen gewisser Vorschläge der Entwicklungsländer hinzuweisen, gleichzeitig aber Alternativen zu unterstützen, die diese Auswirkungen vermeiden würden.

Das konkrete Interesse der Schweiz am wirtschaftlichen Wachstum der Entwicklungswelt ergibt sich aus der Bedeutung dieser Länder als Absatzmärkte, als Rohstofflieferanten und als Schwerpunkte für schweizerische Auslandsinvestitionen. Neben diesen wirtschaftlichen Erwägungen erheischt auch die Neutralitätspolitik Aufgeschlossenheit und Solidarität.

Das Exportinteresse der Schweiz ist eindeutig. 1974 gingen 22,1 % unserer Ausfuhren nach Entwicklungsländern. Pro Kopf der Bevölkerung exportierte die Schweiz mit Abstand aller Industriestaaten am meisten Waren nach den Entwicklungsländern (1974: Fr. 1244.-) und erzielte den höchsten Handelsbilanzüberschuss (1974: 3,2 Milliarden Franken). Die Textilindustrie setzt rund 10 %, die Maschinenindustrie 20 %, die Chemie 26 % und die Uhrenindustrie sogar 37 % ihrer Gesamtausfuhren in den Entwicklungsländern ab. Der Grund für diese starke Stellung in den Entwicklungsländern liegt im hohen Grad der Spezialisierung der schweizerischen Industrie, die einerseits zahlreiche Investitionsgüter, welche für den wirtschaftlichen Aufbau nötig sind (z.B. Kraftwerke), und andererseits "lebenswichtige" Güter (Medikamente, Schädlingsbekämpfungsmittel, Kunstdünger) produziert. Mit steigendem Lebensstandard wächst auch die Nachfrage der Entwicklungsländer nach Konsumgütern wie z.B. Uhren.

Die Importfähigkeit der Entwicklungsländer, die potentiell die expandierendsten Märkte darstellen und zum Teil (OPEC-Länder) heute über die grösste Kaufkraft verfügen, ist für unser Land, gerade in der gegenwärtigen Rezessionsphase, von eminenter Wichtigkeit.

Die Importabhängigkeit der Schweiz von den Entwicklungsländern ist mehr indirekt als unmittelbar, da die schweizerischen Rohstoffbezüge im Verhältnis zur Gesamtproduktion der Entwicklungsländer geringfügig sind und in der Regel in vorverarbeitetem Zustand aus europäischen Umschlagsplätzen oder über multinationale Gesellschaften (Petroleum) erfolgen. Am grössten ist die Abhängigkeit bei den nicht erneuerbaren Rohstoffen, d.h. beim Erdöl und gewissen Metallen.

Obwohl der Grossteil der schweizerischen Auslandsinvestitionen auf den OECD-Raum entfallen, steht die Schweiz mit USA, Japan, Grossbritannien und der BRD in der Spitzengruppe der Investoren in Entwicklungsländern. Ende 1974 wurde der entsprechende Kapitalbetrag auf über 4 Milliarden Schweizerfranken geschätzt, wobei mehr als die Hälfte (2,2 Milliarden) auf Lateinamerika entfällt.

Der Nettokapitalfluss der Schweiz zu Investitionszwecken nach den Entwicklungsländern betrug im vergangenen Jahr nahezu 400 Millionen Franken. Schweizerische Unternehmen beschäftigen in den Entwicklungsländern 120'700 Arbeitskräfte. Diese Dezentralisierung der Produktion ist für die schweizerische Aussenwirtschaft, auch in Zeiten der Rezession, lebenswichtig und bietet heute die Möglichkeit eines gewissen Ausgleichs der für Direktexporte aus der Schweiz ungünstigen Kursrelation.

Die Stellung der Schweiz in der Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd ist gegenwärtig nicht besonders komfortabel. Zwar stossen die Neutralitätspolitik, die traditionelle Universalität unserer Aussenbeziehungen und die Freiheit von jeglicher kolonialer Vergangenheit weiterhin auf Anerkennung. Andererseits erscheint die Schweiz in den Augen vieler Entwicklungsländer jedoch als wenig progressiv und Exponent "par excellence" der geltenden Weltwirtschaftsordnung. Auch weiss man, dass wir unsere privatwirtschaftlichen Interessen hartnäckig zu verteidigen wissen und jeder politischen verbalen Liebesdienerei abhold sind. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Glaubwürdigkeit nicht durch einen Stillstand oder gar ein weiteres Absinken der entwicklungspolitischen Leistungen beeinträchtigen. Der Rückstand der Schweiz bei der internationalen Finanzhilfe ist kaum mehr vertretbar. Unser Land liegt mit seinen 0,14 % BSP mit Italien im letzten Rang der OECD-Länder. Sein prozentualer Beitrag macht weniger als die Hälfte des Durchschnittes der OECD-Gruppe (0,33 %) aus. Nachdem das Parlament im neuen Entwicklungshilfegesetz den Grundsatz der Konzentration der Hilfe auf die ärmsten Länder und ärmsten Bevölkerungsschichten aufgestellt hat, würde eine Ablehnung des IDA-Beitrages als Verstoss gegen unsere eigene Konzeption empfunden. Auch ist zu bedenken, dass dieser freiwillige Beitrag unter der Quote liegt, die der Schweiz zufallen würde, wenn sie Mitglied der Weltbankgruppe wäre. Somit steht auch die Glaubwürdigkeit der Gründe für unsere Nichtmitgliedschaft in internationalen Organisationen auf dem Spiel.

Aus all diesen Erwägungen ist die Politik des Bundesrates darauf ausgerichtet, diejenigen entwicklungspolitischen Massnahmen zu

zu ergreifen, deren wirtschaftliche Berechtigung von uns anerkannt werden kann. Als Land mit einer weiterhin überschüssigen Ertragsbilanz gedenken wir, uns an den Finanz- und Kreditmechanismen zur Ueberbrückung der Zahlungsbilanzstörungen ("oil facility", dritter Schalter der Weltbank etc.) zu beteiligen; dies umsomehr als sich die OPEC-Staaten bereit erklärt haben, ihrerseits wesentliche Beiträge zu leisten und den Grundsatz einer angemessenen internationalen Lastenverteilung zu akzeptieren.